



Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLESON, POSTMASTER-GENERAL

5. Jahrgang.

Omaha, Neb., Dienstag, den 17. Juni 1919.

8 Seiten.—Nr. 82.

Das letzte Wort an die Deutschen

Ohne alles Zeremoniell wird den Deutschen die Antwort auf deren Einwände überreicht; Brockdorff-Rantzau reist nach Weimar

Deutschland erhält etliche geringe Zugeständnisse

Die in den Friedensbedingungen vorgeschriebenen Forderungen sind:

Wiederherstellung der Oberhäufigkeit und Garantien, daß Polen Schloß aus jenem Gebiet erhält.

In der Provinz Westpreußen sind Verträge in der Grenzregulierung vorzunehmen.

Eine dritte Zone in den Schleswig Plebiszit gerät in Wegfall.

Die deutsche Armee soll 200.000 anstatt 100.000 Mann zählen.

Deutschland soll sich bereit erklären, innerhalb eines Monats nach Unterzeichnung des Friedens eine Liste derjenigen Personen zu übermitteln, die der Uebertretung der auf den Krieg bezug habenden Befehle und Gebrauche angeklagt sind.

Die Alliierten wollen mit der deutschen Entschädigungskommission Hand in Hand arbeiten und Vorschläge berücksichtigen, wie Deutschland seinen finanziellen Verpflichtungen am besten nachkommen kann.

Gewisse, detaillierte Ermäßigungen in den Bedingungen, die sich auf die Finanz-, Dekonomie-, Säfen- und Wasserweg-Kaufleute beziehen; die vorgeschlagene Kanal-Kommission soll nicht in Existenz treten.

Deutschland soll recht bald Mitglied der Völkerliga werden, vorausgesetzt, daß es kommt den auferlegten Verpflichtungen nach.

besitz von Gebiet und Macht ist. Deshalb fühlen sich die Alliierten und die assoziierten Mächte verpflichtet, ihre Antwort mit einem klaren Urteil der Welt einzuleiten, das von der ganzen Menschheit zusammengefaßt ist.

Nach Ansicht der Alliierten und assoziierten Mächte war der Krieg, der am 1. August 1914 begann, das größte Verbrechen gegen die Menschlichkeit und irgend eine sich zivillisierte nennende Nation, das jemals in überlegter Weise begangen wurde. Jahrzehnte haben die Herrscher Deutschlands, den preussischen Ueberlieferungen getreu, danach gestrebt, eine dominierende Stelle in Europa einzunehmen. Sie waren mit der immer größer werdenden Prosperität und dem Einfluß, zu welchem Deutschland berechtigt war, was alle anderen Nationen ihm auch zugestehen wollten, nicht zufrieden. Sie wollten diktieren, sie wollten ein unterwürdiges Europa tyrannisieren, ebenso wie sie es in dem unterliegenden Deutschland taten.

Um ihre Zwecke zu erreichen, benutzten sie alle Kanäle, um ihre Untertanen die Idee beizubringen, daß in allen internationalen Angelegenheiten Deutschland Recht hat. Ununterbrochen wurden die deutschen Rüstungen zu Wasser und zu Lande fortgesetzt, dabei die Unvorsichtigkeit verbreitend, daß dieses nötig sei, dem Deutschlands Nachbarn waren eifriglich auf dessen wachsende Macht und Kraft. Sie verachteten die Freundschaft und das Recht der Fremdnation unter Nationen zu sein. Sie entwickelten ein Spionagesystem und Intrigen-System, mittels dessen sie beschaffen waren, Unheil anzurichten. Durch Drohungen hielten sie Europa in Furcht, und als sie fanden, daß ihre Nachbarn entschlossen waren, sich ihrem anmaßenden Willen zu widersetzen, wollten sie ihren Willen in Europa mit Gewalt durchsetzen.

Sobald ihre Vorbereitungen weit genug gediehen waren, veranlaßten sie einen untertänigen Verbündeten, Serbien den Krieg zu erklären, wissend, daß ein solcher einen allgemeinen Krieg im Gefolge haben müsse. Um doppelt sicher zu gehen, lehnten sie alle Versöhnungsversuche ab bis es zu spät war, den Weltkrieg, für welchen Deutschland gerüstet war, zu bannen. Deutschland ist aber nicht nur Schuld an dem Ausbruch des Krieges, sondern auch für die grausame Art und Weise, in welcher derselbe geführt wurde. Obwohl die Neutralität Belgiens von Deutschland garantiert worden war, so hat es dieselbe dennoch gebrochen. Furchtbar wurde in jenem Lande gekämpft.

Der Krieg hat 7.000.000 Menschen das Leben gekostet und über 20.000.000 sind verkrüppelt. Dieser Krieg war nichts anderes, als ein Verbrechen gegen die Menschheit.

Clemenceau erwähnt in seinem Schreiben Bittate aus Weiden des Präsidenten, Lloyd George's Orlan-do's und seiner eigenen. In allen diesen wurde hervorgehoben, daß, sobald der Krieg gewonnen ist, man sich mit Deutschland auf keinerlei Kompromisse einlassen könne. In dem Schreiben heißt es weiter: „Nur auf dem Basis der Gerechtigkeit kann Frieden geschlossen werden. Gerechtigkeit ist es, was die deutschen Friedensdelegaten verlangen, sagend, daß man Deutschland solche versprochen habe. Aber es muß eine Gerechtigkeit für alle sein. Es muß eine Gerechtigkeit für die Toten und Verwundeten geben und für jene, die zu Waisen geworden sind und verlassen dastehen, nur damit Europa von preussischem Despotismus befreit werde. Es muß eine Gerechtigkeit für jenes Volk geben, das jetzt unter der ungeheuren Kriegslast von \$30.000.000.000 taumelt. Es muß Gerechtigkeit für jene Millionen geben, deren Heimstätten und Länder, Schiffe und anderes Eigentum durch deutsche Wildheit zerstört worden sind.“

Das ist es, weshalb die Alliierten

und assoziierten Mächte darauf bestehen, daß Deutschland alle Kräfte einsetzen muß, um Schadenersatz zu leisten, damit der Gerechtigkeit gedient wird. Das ist es auch, weshalb jene, die in mehr hervorragender Weise für den deutschen Angriff und barbarische Akte verantwortlich zu halten sind, den Gerichten überantwortet werden müssen, was in Deutschland nicht der Fall sein würde. Das ist es, weshalb Deutschland sich mehrere Jahre lang gewissen Anordnungen unterwerfen muß. Deutschland hat die Industrie, das Bergbauwesen und die Marine der benachbarten Nationen ruiniert und ist somit in Stand gesetzt, daß seine eigene Industrie sich der Weltmärkte bemächtigen kann, ehe die anderen Länder sich erholen können. Deutschland hat die Schiffahrt aller Nationen fast zerstört. Deshalb ist es nur gerecht, daß Schadenersatz für alles dieses geleistet wird. Falls dieses eine Bürde für Deutschland ist, dann hat es sich Deutschland allein zuzuschreiben. Jemand muß für die Folgen des Krieges aufkommen. Ist es nun Deutschland oder sind es jene Völker, denen es so schweres Unrecht zugefügt hat?

Würden wir nicht allen Gerechtigkeit widerfahren lassen, dann wäre die Welt neuen Kalamitäten ausgesetzt. Falls Deutschland, oder irgend eine andere Nation daran verhindert wird, in die Fußstapfen Preußens zu treten, falls die Menschheit nicht mehr glaubt, daß ein Krieg aus selbstjünglichen Zwecken legitim ist, falls die alte Aera ausgedient und Nationen ebenso wie Individuen unter einer Regierung von Gesetz und Ordnung gebracht werden, dann müssen die Vererber dieses Krieges zur Verantwortung gezogen werden.

Es wird gesagt, daß die deutsche Revolution in der gegenwärtigen Situation einen Unterschied mache, und daß das deutsche Volk für die Handlungen seiner Herrscher, die sie vertrieben, nicht verantwortlich zu halten ist. Die Alliierten und assoziierten Mächte heißen einen derartigen Wechsel willkommen. Derselbe spricht Friedenshoffnungen und eine neue europäische Ordnung in der Zukunft. Auf den Frieden selbst aber macht dieses keinen Eindruck. Die deutsche Revolution wurde hingehalten, bis die deutschen Feldarmeen geschlagen waren. Während des Krieges und vor demselben hat das deutsche Volk und deren Vertreter den Krieg das Wort geredet. Kriegskredite bewilligt, Kriegsanleihen unterzeichnet, allen Befehlen, wie grausam sie auch immer waren, wurde nachgegeben. Sie teilen die Kriegsverantwortlichkeit mit der Regierung. Denn wenn sie gewollt hätten, könnten sie alles dies verhindert haben. Wäre Deutschland siegreich gewesen, dann hätten sie ebenso gehandelt, wie zur Zeit, als der Krieg erklärt wurde. Sie können jetzt nicht verlangen, seitdem die Regierung gewechselt worden und der Krieg verloren ist, daß sie Folgen ihrer Handlungsweise entgegen. Die Alliierten und assoziierten Mächte sind deshalb der Ansicht, daß der von ihnen unterbreitete Friedensvertrag ein gerechter ist. Unterdrückte Nationen sind befreit, neue Grenzen nach Nationen und Sprachen gezogen worden und jedem Gelegenheit gegeben, Selbstverwaltung einzuführen. Polen ist wieder ein politisch unabhängiger Staat geworden mit Zugang zum Meer. Alle von Polen bewohnten Gebiete sind ihm zugesprochen worden. Alle jene Gebiete, die von Deutschen bewohnt werden, mit Ausnahme etlicher isolierter Städte und Ortsteile, Kolonien, die auf kürzlich erworbenen politischen Ländern errichtet wurden, bleiben bei Deutschland. Wo immer der Wille des Volkes ab der Zugehörigkeit zu Deutschland oder Polen im Zweifel ist, soll Volksabstimmung erfolgen.

Danzig ist Freistadt geworden, so daß die Bewohner unter einheitlicher Regierung kommen; es gehört nicht zu Polen, bildet auch keinen Teil des polnischen Staates. Polen erhält gewisse Rechte in Danzig erhalten, und die Stadt selbst ist vom Deutschen Reich losgetrennt worden, weil es sonst unmöglich gewesen wäre, Polen Zugang zum Meer zu geben. Bei der Grenzregulierung der Provinz Westpreußen werden gewisse Modifikationen vorgenommen werden Ober-Schlesien, das zum Teil von Polen bewohnt wird, soll durch ein Plebiszit seine Zugehörigkeit bestimmen. Fünfzehn Jahre lang soll das Saaroblasten unter der Völkerliga verwalten werden und nicht von Frankreich. Die Rogienlager aber

Die Teilung der U. S. Kriegsflotte

Washington, 17. Juni. — Das Vereinigte Staaten Kriegsministerium verfügte gestern die Teilung der amerikanischen Kriegsflotte in zwei gleichstarke Häften, wobei die eine die atlantische, die andere die pazifische Flotte genannt werden soll. Admiral Hugh Rodman übernimmt das Kommando über die Wasserstreitkräfte im Pacific, während Admiral Henry B. Wilson Oberbefehlshaber der atlantischen Flotte wird. Jede dieser zwei Flotten besteht aus vier Divisionen von Schlachtschiffen und Dreadnoughts, zwei Divisionen Kreuzer, achtzehn Divisionen Zerstörer, drei Divisionen von Landbooten und zwei Divisionen Minenleger.

Sioux City Mayor wird wiedergewählt

Sioux City, Ia., 17. Juni. — Bürgermeister Wallace M. Short, der heute wiedergewählt wurde, ein Freund der U. S. W. zu sein und dessen Amtsenthebung von verschiedener Seite gefordert wurde, ging bei der gestrigen Wahl, welche ihm aus Amt und Ehren vertreiben sollte, über seinen Gegner S. L. Carney, als entscheidender Sieger hervor. Short hat eine Majorität von 2100 Stimmen aufzuweisen, oder etwa 400 mehr, als bei der Originalwahl im April 1918. Der Bürgermeister holte vor einigen Wochen vor der Konvention der U. S. W. eine Ansprache gehalten, welche von seinen politischen Gegnern erfolglos in der freien Rede des Wahlkampfes ausgenutzt wurde. Bürgermeister Short hat seine Wiederwahl der ungeteilten Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft zu verdanken.

Einbrecher macht große Beute

Chicago, Ill., 17. Juni. — Während sich Frau Nellie Magnus Koch, eine Kadette des verstorbenen Adolphus Koch, mit Besuchern auf der Veranda ihres Heims unterhielt, drangen Einbrecher in ihr Heim ein und stahlen Schmuckstücke im Gesamtwert von über \$25.000. Obwohl der Diebstahl sofort entdeckt und der Polizeibehörde mitgeteilt wurde, hat man von den Verbrechern bis jetzt keine Spur aufgefunden.

Will osmanisches Reich auflösen

Washington, 17. Juni. — Der demokratische Senator King, von Utah, reichte gestern eine Resolution ein, welche den Vorschlag enthält, daß sich der Bundesrat für die Auflösung des gegenwärtigen türkischen Reiches auspricht und daß das Territorium, welches gegenwärtig von seiner Regierung beherrscht wird, unter die Verwaltung anderer Länder kommt. Das Vorwort der Resolution erklärt, daß Pariser Verträge erkennen lassen, daß die Pariser Friedenskonferenz die Beibehaltung der türkischen Regierung befürwortet, obwohl dieselbe weder Recht noch Kräfte zu existieren hat.

Ausbreitung des Winnipeg Streiks

Winnipeg, Man., 17. Juni. — Eine große Anzahl der Feuerleute, Maschinenführer und Kraftübertrager der städtischen Straßenbahn haben sich gestern für dem allgemeinen Ausstand angeschlossen, wodurch der Verkehr schwer behindert wurde. Bahnbeamte erklären jedoch, daß die Plätze der Ausständigen nicht gefüllt werden. Die Streikleitung drohte, im Laufe des heutigen Tages einen Ausstand der Eisenbahnen an mehreren Punkten zu veranlassen. Im Gegenzug zu letzter Woche sind gestern nur wenige der Streiker nach ihren Arbeitsplätzen zurückgekehrt.

Notarier in Konvention

Salt Lake City, Utah, 17. Juni. — Ueber 3000 Mitglieder des Notarian Clubs nahmen gestern Abend Besatz von der Stadt und weitere werden bis am Morgen erwartet, um die Zahl derselben auf 5000 zu erhöhen. Die große Anzahl der Gäste hat von allen Verkehrsmitteln Besatz ergriffen. Am Morgen waren die Straßen von den Wagnissen zu den Hotels durch die Zureisenden einfach blockiert.

Junger Mann ertrinkt

Cedar Rapids, Iowa, 17. Juni. — Der 19 Jahre alte Merrill Anderson wurde beim Schwimmen im Cedar River von Krämpfen befallen und ertrank.

Amerikaner kehren von Juarez zurück

Haben bei ihrem Streifzug etwa fünfzig Willisten getötet und sieben Gefangene gemacht.

El Paso, Tex., 17. Juni. — Nach etwa 24-stündiger Tätigkeit auf mexikanischem Boden haben sich die amerikanischen Truppen gestern wieder zurückgezogen und erhoben sich jetzt in den Kasernen von den Strajagen. Die Streitkräfte des Banditenführers Villa, welche die Stadt Juarez bedrohten, sind vollständig vertrieben worden und man erwartet nicht, daß dieselben in der nahen Zukunft einen neuen Angriff planen. Etwa fünfzig Willisten wurden in den verschiedenen Schamüßeln getötet; sieben derselben fielen den Hundestreifen als Gefangene in die Hände. Wie das Kriegsamt berichtet, waren die amerikanischen Verluste nur unbedeutend. Ueber 100 Kavalleriepferde, Bonies und Maulesel, welche den Streitkräften Willas abgenommen wurden, sind nach dem hiesigen Militärlager gebracht worden.

Hier wird die Befriedigung ausgesprochen, daß sich Villa für die empfindliche Niederlage, die ihm von den Amerikanern beigebracht wurde, rächen wird, indem er die Gefängnisse der Vereinigten Staaten im nördlichen Teil von Mexiko plündern und zerstören und die dabelbst tätigen Amerikaner töten wird. Verschiedentlich wird die Schließung derartiger Geschäftsbetriebe in Mexiko besprochen.

Amerikanische Truppen, welche gegenwärtig in Fort Bliss stationiert sind, sind jederzeit bereit, das Leben und Eigentum von Amerikanern in Mexiko zu beschützen, sollte dasselbe wieder bedroht werden.

Die Behauptung, daß der Einmarsch amerikanischer Truppen in den Kampf zwischen Willas und mexikanischen Bundespolizisten nur im Interesse der Carranza-Regierung erfolgte, wird von General Cyprien energisch verneint, der erklärt, daß die Strafexpedition gegen Villa nur deshalb erfolgte, da dessen Anhänger über den Fluß nach der hiesigen Stadt schossen, wobei auch etliche Personen getötet und verwundet wurden.

Deutschland wird Freitag entscheiden

Die Nationalversammlung wird die Zugeständnisse der Alliierten durch Sachverständige untersuchen lassen

Große Spannung herrscht wiederum in Paris

Paris, 17. Juni. (Von Chas. E. Ferguson, Korrespondent der United Press.) — Mit der Entscheidung über Frieden oder Krieg vor 7 Uhr Montag Abend ausstehend, hat die heutige Spannung in Paris jene vor Beginn der Feindseligkeiten im August 1914 nachgerufen.

Graf Brockdorff-Rantzau befindet sich auf dem Wege nach Weimar, wo er zusammen mit 73 Friedensdelegaten der Nationalversammlung die Antwort der Alliierten auf ihre Gegenanträge unterbreiten wird, die ihnen gestern Abend in Versailles überreicht wurde. Die Stimmung des französischen Volkes wurde durch die Tatsache, daß, als die Deutschen das Hotel Des Refugiés verließen, um sich gestern Abend um 9:45 Uhr nach ihrem Spezialzug zu begeben, sich eine Menge von 4.000 Menschen versammelte, die heute und heute die Friedensdelegaten begleitete. Dies war die erste Demonstration gegen sie in allen den Wochen, die sie in Frankreich verbracht.

Die neuesten Berichte aus Berlin und Weimar wiederholen die Meldungen, daß Deutschland den revidierten Friedensvertrag nicht unterzeichnen wird, außer er enthält wichtige Ermäßigungen. Aus unoffiziellen Presseberichten wurde die deutsche Regierung von Zeit zu Zeit unterrichtet von den Veränderungen, und ist bereits auf diesem Wege mit den wichtigsten Zugeständnissen bekannt gemacht worden.

Die Hoffnungslosigkeit in alliierten Friedenskreisen, die so bemerkbar war in den letzten Tagen, ist heute in eine Stimmung der Ungewissheit umgeschlagen, obwohl die Deutschen wohl die Zugeständnisse für genügend erachtet werden, um ihre Annahme zu rechtfertigen. Die Stimmung war unter dem Volke wahrnehmbar, das mit Eifer jede gedruckte Zeile las, welche auf die Lage Bezug hatte. Es gab keine Straßendemonstrationen und das Volk ging wie gewöhnlich seiner Beschäftigung nach, aber die Luft war elektrisch geladener als mit der nervösen Spannung der Bürger, die sich die Frage vorlegten: „Friede“ oder „Krieg“?

Im Westen, über die Schiffschifferei hinaus, auf denen die gegnerischen Armeen vier Jahre gefämpft haben, warten die Armeen des Markschalls noch auf deutschem Boden auf den Befehl, der sie den Markt nach Berlin antreten lassen oder sie zu einer einfachen Polizeimacht herabsetzen werden.

Im Norden warten die mächtigen Schiffe Englands darauf, ob sie einen solchen Angriff auf die unbeschränkte deutsche Küste machen werden, falls das Urteil „Krieg“ ist.

In Paris hat eine kleine Gruppe von Männern, deren Aussehen sehr kriegerisch ist, die Pläne der Eismobil-Blockade vor sich, die Deutschland bis zur Nachgiebigkeit erzwängen wird, falls keine Führer für die Fortsetzung des Kampfes entscheiden sollten.

Die langen Monate von ermüdender Beratung der Einzelheiten und Technizitäten der Friedensverhandlungen sind vorüber, soweit Deutschland in Betracht kommt. Als Paul Dutaist, Sekretär der Friedenskonferenz, die Antwort der Alliierten gegen den Deutschen überreichte, — ein Vorkommnis ohne jegliches Zeremoniell — wurden die Verhandlungen für den bedeutungsvollsten Frieden der Geschichte formell zum Abschluss gebracht. Die Deutschen erhielten auf die Minute berechnet, noch sieben Tage Zeit, um ihre Entscheidung zu treffen. Das Verdict ist ihnen überlassen.

Weimar, 15. Juni. (Von Carl D. Groot, Korrespondent der United Press.) — Deutschland's Entscheidung über die Unterzeichnung des Friedensvertrages wird am Freitag getroffen und am folgenden Tage den Alliierten in Versailles mitgeteilt werden.

Das Kabinett wird sich sofort nach dem Eintreffen des Auswärtigen Ministers Graf Brockdorff-Rantzau versammeln, und entscheiden, welche Sektionen des Friedensvertrages an gewisse Körperlichkeiten

von Sachverständigen betraut werden sollen. Das Kabinett und seine Sachverständigen werden ihre Berichte machen, nachdem die Minister mit den Parteiführern beraten haben. Die Nationalversammlung wird nach einer dreitägigen Beratung über die neuen Bedingungen abstimmen. Brockdorff-Rantzau wird dann sofort nach Versailles zurückkehren und Deutschland's Antwort wahrscheinlich am Samstag vorfertigen.

Während die Nationalversammlung in der Regel auf den Rat ihrer Führer hört, so sagen Regierungsbeamte frank und frei, daß sie im Zweifel sind über das Verhalten der Regierung. Das Kabinett jedoch steht noch immer hinter Brockdorff-Rantzau's Pflicht, den Frieden nicht zu unterzeichnen, außer er enthält Modifikationen von genügender Bedeutung.

Eine weitere Antwort im Sprachenprozess

Count-Urmoak Shohell hat am Montag eine Antwort auf die Klage der St. Francis polnischen Gemeinde von Süd-Omaha gegen das Simon Sprachengesetz eingereicht. Herr Shohell's Argument besteht darin, daß selbst, wenn die Argumente des Klägers wahr seien, sie ungenügend seien, um vor Gericht Beachtung zu finden.

Die unbilligen Argumente in dem Klagefall werden Samstag, den 21. Juni, vor dem Richter vorgebracht werden.

Sozialisten weisen Sovietregierung ab

Weimar, 17. Juni. — Der hier tagende Sozialistkongress hat den Antrag, in Deutschland eine Sozialkonstitution einzuführen, abgewiesen. Nur ein einziger Delegat erklärte sich für den Antrag. Es wurde der Beschluß gefaßt, Mitgliedern der früheren preussischen Königsfamilie fortan keine Pension mehr auszugeben.

Folgen schwerer Gebäudesturz

West Frankreich 17. Juni. — Während eines Fußballkampfes, der in einer Halle der Kolombus-Hallen in Pontaneau veranstaltet wurde, stürzte plötzlich ein, wobei ein Soldat sofort getötet wurde, zwei andere erlitten tödliche Verwundungen, während über 100 Zuschauer mit leichten Verletzungen davonkamen.

Zur drohenden Prohibition

Washington, 17. Juni. — Republikant Nolan, von Kalifornien, reichte gestern einen Vorschlag ein, demgemäß dem Präsidenten der Vereinigten Staaten das Recht gegeben wird, die Herstellung von Bier und Leichten Weinen zu gestatten. Herr Nolan erklärte, daß er bei genauer Untersuchung des Nahrungs- und Kontraktgesetzes von 1917 nichts gefunden habe, was den Präsidenten verhindern könne, vom dem ihm in diesem Vorschlag übertragenen Recht Gebrauch zu machen.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgebung — Schön und sorgfältig warm heute Abend und Mittwoch.

Für Nebraska — Allgemein schön heute Abend und Mittwoch. Etwas kühler am Mittwoch im westlichen Teile.

Für Iowa — Unbestimmt, doch meist schönes Wetter heute Abend und Mittwoch. Fortgesetzt warm.